

Zukunft Forst Brandenburg

Thesen zur Ausrichtung der Forstpolitik in Brandenburg

Leitbild

Brandenburg braucht einen vielgestaltigen Wald, der über die Holznutzung zur Wertschöpfung im ländlichen Raum beiträgt, natürliche Ressourcen und das Klima schützt sowie der Erholung der Bevölkerung dient. Um ein ausgewogenes Verhältnis dieser Funktionen sicherzustellen bedarf es einer starken Landesforstverwaltung, die ihre Kontroll- und Gemeinwohlaufgaben wahrnehmen kann und für Waldbesitzer*innen und Bürger*innen in der Fläche präsent ist. Die Grundsätze und Ziele wurden in Brandenburg im Waldprogramm und in der Waldvision 2030 formuliert und bilden den Leitfaden für die Forstpolitik.

Landeswald

Laut Landeswaldgesetz soll der Landeswald dem Allgemeinwohl in besonderem Maße dienen und ist vorbildlich und nachhaltig unter vorrangiger Beachtung der Schutz- und Erholungsfunktionen zu bewirtschaften. Diese hervorgehobene Allgemeinwohlfunktion rechtfertigt das Landeswaldeigentum, sie ist Verpflichtung für die Bewirtschaftung. Das Waldprogramm und die Waldvision 2030 sind dafür eine gute Grundlage. Der Landeswald soll Vorreiter beim Schutz der biologischen Vielfalt, Moorschutz, Boden- und Grundwasserschutz, beim Waldumbau, bei Erholungsangeboten und in der Umweltbildung sein. Er leistet seinen Beitrag zur Umsetzung des Ziels der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt, 5 % der Gesamtwaldfläche der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Diese Aufgaben müssen bei der Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben sowie bei der Personalbemessung berücksichtigt werden. Die Landeswaldbewirtschaftung soll wirtschaftlich tragfähig sein, doch dürfen die Allgemeinwohlfunktionen nicht dem Erreichen einer „schwarzen Null“ untergeordnet werden.

Privat- und Kommunalwald

Aufgrund der vielfältigen Eigentumsstruktur und breiter Eigentumsstreuung mit rund 100.000 Waldbesitzer*innen stellt die Umsetzung der forstpolitischen Ziele eine große Herausforderung dar. Aufgabe des Landes ist es, auf eine nachhaltige Bewirtschaftung dieser Wälder hinzuwirken. Dies geschieht durch Fördermaßnahmen, insbesondere auch durch Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und von Waldgenossenschaften für eine effektive und professionelle Bewirtschaftung, aber auch durch die Förderung von Maßnahmen der Waldbrandprävention, des Waldumbaus und von Umweltmaßnahmen. Die Förderung soll entbürokratisiert und an der Zielerreichung orientiert, die Förderung für den Waldumbau attraktiver ausgestaltet

werden. Rat und Anleitung für Waldbesitzer*innen muss auf hohem Niveau abgesichert werden, dazu gehört auch die Beratung zur Antragstellung von Fördermitteln. Grundsätzlich sollen auch zukünftig durch den Landesforstbetrieb forstliche Dienstleistungen zu kostendeckenden Entgelten angeboten werden, um eine nachhaltige Waldbewirtschaftung auf der Basis langjähriger Vertrauensverhältnisse zu sichern. Das Angebot soll in Abhängigkeit von Kapazitäten und Bedarf erfolgen, für Flächenbegrenzungen bei der Bereitstellung dieser Leistungen sehen wir weder aus fachlicher noch aus kartellrechtlicher Sicht derzeit eine Notwendigkeit.

Eigentum an Wald

Brandenburg hat rund 100.000 Waldbesitzer, davon besitzen ca. 99.400 Waldbesitzer unter 100 ha Wald und nur ca. 170 Waldbesitzer mehr als 500 ha Wald. Damit haben wir in Brandenburg eine große Vielfalt an Privateigentum die wir erhalten möchten. Das private Eigentum in seiner breiten sozialen Streuung ist Basis dynamischer Wertschöpfungsprozesse. Eine Privatisierung von Landeswald lehnen wir ab.

Klimawandel

Die Bewältigung des Klimawandels ist eine besondere Herausforderung für Brandenburgs Wälder. Waldbrandprävention, Waldumbau und angepasste Baumartenwahl sind entscheidende Voraussetzungen für die Zukunft des Waldes. Das ist sowohl bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes als auch bei Fördermaßnahmen und Beratungen für den Kommunal- und Privatwald besonders zu berücksichtigen. Ein flächendeckendes Waldschutzmonitoring ist angesichts des Klimawandels von hoher Bedeutung, um Großschadensereignisse rechtzeitig zu erkennen und schnellst möglich geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Der Einsatz von chemischen Bekämpfungsmitteln muss dabei die Ausnahme bleiben.

Jagd

Bei den jagdrechtlichen Regelungen sollten sowohl ein gesunder Wildbestand als auch die Reduzierung von Verbisschäden, um Naturverjüngung ohne Zäunung zu ermöglichen, beachtet werden. Das Wildmanagement entscheidet mit darüber, wie sich ein gesunder Waldbestand entwickeln kann. Dabei geht es nicht um die Formel „Wald vor Wild“ sondern um „Wald und Wild“. Hegegemeinschaften können ein wichtiges Instrument zum Ausgleich verschiedener Interessen sein. Mit einer abgestimmten Hege kann viel für einen waldverträglichen, artenreichen und gesunden Wildbestand sowie für die Pflege und Sicherung der dazu notwendigen Lebensgrundlagen erreicht werden. Die Beeinträchtigungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung durch Wildschäden kann so vermieden werden. Die strategische Ausrichtung der Jagd soll die Anforderungen des Waldumbaus entsprechend der Waldvision 2030 berücksichtigen.

Die Jagd versteht die LINKE als Gemeinwohlaufgabe, die tierschutzgerecht erfüllt werden muss, die gesunde Lebensmittel bereitstellt und bei der das Wild als Teil des Ökosystems verstanden wird. Die Teilhabe an der Jagd darf nicht sozial begrenzt werden.

Struktur des Landesforstbetriebes

Die bis 2008 in Brandenburg existierende Einheitsforstverwaltung bis auf Revier Ebene hatte den Vorteil einer einheitlichen Aufgabenwahrnehmung, hohe Synergieeffekte und ermöglichte eine flexible Einsetzbarkeit des Personals je nach jahreszeitlich bedingtem und momentanem Bedarf. Eine Trennung von wirtschaftlichen und hoheitlichen Aufgaben, wie sie seitdem innerhalb des Landesforstbetriebes erfolgt, hat den Vorteil, dass Aufgaben und Kosten transparenter werden und dass bei Entscheidungen vor Ort Interessenkonflikte leichter vermieden werden können.

Die Entscheidung, auf welcher Ebene die Zuständigkeiten für Landeswaldbewirtschaftung und Hoheit zusammengeführt werden können ist also eine Abwägungsentscheidung. Aus unserer Sicht ist die jetzige Struktur (getrennte Reviersysteme und gemeinsames Dach auf Ebene des Landesforstbetriebs) tragfähig und ein sinnvoller Kompromiss. Jedoch kann eine Zusammenführung auf der Ebene der Oberförstereien in Erwägung gezogen werden, wenn eine maximale Nutzung von Synergieeffekten erforderlich wird. Die Struktur ist damit auch im Zusammenhang mit der Personalentwicklung und der Reviergröße der Oberförstereien zu sehen.

Revier- und Oberförster in der Fläche stärken das Vertrauen in staatliches Handeln und sind gerade im ländlichen Raum wichtige Ansprechpartner. Eine Kommunalisierung von Forstaufgaben lehnen wir im Interesse der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung ab.

Versuchswesen

Dem Landeskompetenzzentrum Forst in Eberswalde kommt eine Schlüsselrolle bei der Erarbeitung fachlicher Grundlagen für die Waldbewirtschaftung und beim Waldschutz zu. Seine Arbeitsfähigkeit muss aufrechterhalten werden, indem insbesondere auch die Besetzung von Spezialistenstellen gesichert wird. Für eine Effektivierung der Arbeit wäre eine enge Kooperation bis hin zu einer gemeinsamen Einrichtung mit anderen Bundesländern sinnvoll.

Eigen- und Fremdleistungen

Für die Erledigung von Aufgaben im Landeswald muss weiterhin landeseigenes Personal (Waldarbeiter*innen) vorgehalten werden. Eine durchgängige Privatisierung dieser Aufgaben durch Ausschreibung an Dritte ist aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll: Der Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst zugunsten von prekären Arbeitsverhältnissen bei privaten Unternehmen ist keine soziale Politik. Die Gemeinwohlorientierung wird gefährdet. Das Land begibt sich in Abhängigkeit von privaten Anbietern, sowohl was Kapazitäten als auch was Preise betrifft. Für den ländlichen Raum sind feste Ansprechpartner vor Ort wichtig. Und der Landesforstbetrieb muss in der Lage sein, auch kurzfristig reagieren zu können wenn es unvorhergesehenen Personalbedarf gibt (z.B. bei Waldbränden, Kalamitäten, Sturmereignissen).

Waldpädagogik

Die Waldpädagogik stellt neben der Umweltbildung einen wichtigen Baustein der außerschulischen Bildungsarbeit dar und gehört zu den wichtigen Aufga-

ben eines Landesforstbetriebes. Sie sollte bedarfsgerecht ausgestattet werden. Nur wenn die heranwachsenden Generationen die heimischen Tiere und Pflanzen sowie die Abläufe im Ökosystem Wald kennen, können sie auch die natürlichen Prozesse verstehen. Waldpädagogik und Umweltbildung sollen nicht im Klassenzimmer stattfinden sondern in der Natur.

Aufgabenanalyse und Personalentwicklung

DIE LINKE tritt grundsätzlich für eine starke öffentliche Verwaltung ein, die staatlichen Aufgaben umfassend und mit auskömmlicher Personalausstattung nachkommt. Aus fachlicher Sicht gibt es keinen Grund, beim Landesbetrieb Forst Personal abzubauen. Wir benötigen eine Aufgabenanalyse, die sich nicht auf den Ist-Zustand (derzeit eingesetztes Personal für die einzelnen Aufgaben) beschränkt, sondern ehrlich analysiert, wieviel Personal für welchen Umfang der Aufgabenwahrnehmung erforderlich wäre. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das Land vor dem Hintergrund konjunktureller Risiken und der im Bund beschlossenen Schuldenbremse voraussichtlich nicht so viel Personal vorhalten kann wie eigentlich wünschenswert wäre – in der Forst ebenso wie in anderen Bereichen der Landesverwaltung. Auf der Grundlage der Aufgabenanalyse muss deshalb letztlich fachlich und politisch entschieden werden, welche Aufgaben zukünftig in welchem Umfang wahrgenommen werden sollen und können, wo also Prioritäten gesetzt werden müssen. Bei der Festlegung von Personalzielzahlen muss berücksichtigt werden, wenn Mitarbeiter*innen z. B. Sachmittel einsparen (weil die Leistungen sonst ausgeschrieben werden müssen) oder Einnahmen erzielen (bei Dienstleistungsangeboten an Dritte). Wenn Stellen weitgehend kostenneutral besetzt werden können muss dies ermöglicht werden.

Personalpolitik/Ausbildung

Angesichts des sehr hohen Altersdurchschnitts im Landesbetrieb Forst ist eine Verjüngung dringend erforderlich, um eine kontinuierlichen Aufgabenübergang bei bevorstehenden Ruhestandswellen zu gewährleisten und rechtzeitig Fachpersonal zu gewinnen. Ein größerer Einstellungskorridor kann und muss im Zusammenhang mit der Festlegung angemessener Personalzielzahlen eingerichtet werden. Das betrifft nicht nur Spezialistenstellen sondern Stellen in allen Bereichen des Forstbetriebs. Dem in der Waldarbeiterschule Kunster-spring ausgebildeten Nachwuchs und den Absolventen der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung soll in größerem Umfang als bisher eine berufliche Perspektive im Landesforstbetrieb geboten werden. Zur Beschleunigung einer Betriebsverjüngung und zum Abbau des Personalüberhangs soll geprüft werden, ob die mit den Gewerkschaften ausgehandelte Altersteilzeitregelung attraktiver gestaltet werden kann.

Nach einem jahrzehntelangen schmerzhaften Reformprozess geht es jetzt darum, zügig eine Zielstruktur des Landesforstbetriebs hinsichtlich Personalbestand und Aufgabenwahrnehmung festzulegen, die dann längerfristig Bestand haben kann.